

Enztal-Bote.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis M. 3.30 vierteljährlich, M. 1.10 monatlich; durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr M. 3.30, im sonstigen Orts- und Fernverkehr M. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellgeld.

Amtsblatt für Wildbad
Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Anzeigenpreis: die einspaltige Beilage oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklameteile 50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: 8 Uhr vormittags

***** Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei und Buchhandlung; Schriftleitung: Th. Gaf. *****
Fernsprecher 33.
Anzeigenannahme:
In Calmbach: Hauptstraße 109 | Nr. 149
Jahrgang 58 | In Wildbad: Wilhelmstraße 99 | Mittwoch, den 9. Juli 1919

Tageschau.

Die Streitigkeiten zwischen den Italienern und Franzosen in Fiume wiederholen sich jeden Tag und zwar jedesmal in verschärfter Weise. In verschiedenen Stadtteilen wurden die französischen Soldaten bei ihrem Erscheinen auf der Straße von der Bevölkerung verprügelt. In ihrem Schutze wurden italienische Truppen wieder in der Stadt einquartiert.

Der endgültige Friedensvertrag mit Oesterreich in vollständiger Fassung ist gestern um 12 Uhr mittags der österreichischen Delegation in St. Germain überreicht worden. In Pariser diplomatischen Kreisen rechnet man mit einer Unterzeichnung bis Ende Juli, spätestens aber in den ersten Tagen des August.

Die Agitation in der Rheinpfalz zugunsten der Errichtung einer pfälzischen Republik wird neuerdings wieder mit großem Eifer von den Franzosen betrieben, besonders tut sich dabei das Leiborgan der Franzosen die Landauer Freie Zeit hervor.

Zwischen dem Arbeitgeberverband für den mitteldeutschen Bergbau und dem Verband der Angestellten wurde nach langwierigen Verhandlungen heute ein neuer Tarif festgesetzt. Dadurch wurde der drohende Streik der Bergbeamten vermieden.

Die demokratische Partei wird auch bei der Ratifikation des Friedensvertrages entsprechend ihrer bisherigen Haltung mit einer großen Mehrheit gegen den Frieden stimmen.

Die italienische Sozialistenpartei erläßt ein Manifest das im Einverständnis mit den französischen und englischen Sozialisten für den 20. und 21. Juli den Generalstreik ankündigt als Weltprotest gegen die Verletzung der Grenzen gegenüber Rußland und Ungarn und die Vergewaltigung Deutschlands.

Die große Vermögensabgabe.

Es wird jetzt bekannt, daß als Veranlagungssterm für die große Vermögensabgabe der 1. Dezember bis 31. bestimmt werden wird. Wir wollen aus dem, was bis jetzt über die größte Steuer, die wir Lebenden zu entrichten haben, verlautet, einiges herauszugreifen. Die fortwährende Steuerflucht, die Verbringung großer Vermögenswerte in das Ausland und die daraus entstandene Sorge für die Reichsfinanzen haben in weiten Kreisen der Bevölkerung eine außerordentliche Unruhe erzeugt, die es begreifen läßt, daß diese Steuer jetzt mit großem Ungestüm gefordert wird.

Nicht vergessen dürfen wir in Bezug auf den Zeitpunkt des Einbringens dieser Steuerreform allerdings, daß wir der Entente im Friedensvertrag eine erste Hypothek auf die Staatseinnahmen und Hilfsquellen des Reiches und der Einzelstaaten zugesagt haben. In wenigen Tagen wird die Ueberwachungskommission gebildet sein, und die Nachmittel, ihren Spruch durchzusetzen, sind in vollem Umfange gegeben. Die von uns zu leistende Entschädigung wird die Kräfte des deutschen Volkes für viele Jahrzehnte übersteigen, wenn es nicht innerhalb der nächsten 2 Monate gelingt, die Höhe und Abtragsart auf eine bestimmte Zahl zu begrenzen, die die Begleichung in einer absehbaren Frist ermöglicht. Aber nicht nur der Zeitpunkt erregt Bedenken. Nach dem Friedensvertrag müssen wir unsere jährliche Steuerlast auf dieselbe Höhe bringen wie Frankreich. Daß diese Belastung Frankreichs ganz außerordentlich sein wird, ergibt sich aus dem Umstand, daß die französischen Kriegskosten eher höher als geringer als die deutschen sind, sich aber nur auf 40 Millionen Einwohner, statt wie bei uns auf etwa 60 verteilen. Wenn man nun die Hälfte des deutschen Vermögens — und darum würde es sich handeln, wenn die in allerdings unbegreiflicher Form in den Zeitungen ausgesprochene Erwartung auf einen Betrag bis zu 90 Milliarden Mark richtig sein sollte — einzuziehen würde, so müßte die gesamte jährliche Steuerlast auf die verdiebelte Hälfte des deutschen Volksvermögens gelegt werden, und da das nicht möglich ist, in Form von Einkommen- und Verbrauchssteuern erhoben werden. Nun wirkt die Vermögensabgabe dahin, daß die hohen Einkommen verschwinden, soweit sie nicht Arbeitslöhne sind. Und die notwendige Folge ist, daß diese Abgabe dahin führt, daß der Verbrauch und die mittleren Einkommen zwischen 3000 und 15000 Mark, die ganze Bürde übernehmen müssen.

Aber auch diese Bedenken können nicht abhalten, sich mit der volksfremden Forderung auseinanderzusetzen. Daß die Wohlhabenden und insbesondere diejenigen, die ein sogenanntes arbeitsloses Einkommen haben, ganz besonders scharf herangezogen werden müß-

ten, ist selbstredend, ebenso daß es sich dabei um Prozentätze handeln muß, die vor wenigen Jahren noch als unmöglich gegolten haben würden. Sehen wir uns aber einige Steuerträger an, so fällt uns sofort manches auf, das Folgeerscheinungen der seitherigen wirtschaftlichen und politischen Revolution sind. Bei industriellen Betrieben ist die Rente, nachdem die sämtlichen Kriegsgewinne weggesteuert sein werden, schon dadurch gesunken, daß die Arbeiterlöhne sehr hohe und vielfach ja berechnete Forderungen stellen. Eine Wertsteigerung des städtischen Grundbesitzes ist durch die Einrichtung der Mietseinerungssämter hintangehalten. Weithin trifft für einen größeren Teil des ländlichen Grundbesitzes zu, als eine Folge der Hochkurse. Am härtesten deklariert ist aber die Rentierklasse: war früher ein Mann, der aus einem Vermögen von 100000 Mark eine Rente von 5000 Mark zog, bei den mäßigen Steuerlasten ein verhältnismäßig wohlhabender Mann, so steht er jetzt infolge der gestiegenen Arbeitslöhne in seinen Einkommensverhältnissen unter dem gemeinen, ja vielfach auch dem ungelerten Arbeiter. Nimmt man einem solchen Mann jetzt noch einen erheblichen Teil seines Vermögens und damit seiner Rente weg, so schafft man direkt eine Notlage. Es ist überdies unrichtig, daß solche Rentier im Vergleich mit Personen anderer Klassen ein drohenhaftes Dasein führen. In den meisten Fällen stellen die Rentier dieser Personen das Ertragsnis einer langjährigen Tätigkeit dar, bilden den Notanker für Alter und Invalidität bei allen Personen der freien Berufe, der Kaufleute, der Gewerbetreibenden, der Ärzte, der Rechtsanwälte, der Schriftsteller, der Künstler, d. h. aller derjenigen, welcher von keiner Art von Sozialversicherung umfaßt werden.

Ohne eine Beschränkung der großen Vermögensabgabe mit den anderen Steuerlasten ist also eine ertägliche und gerechte Vermögensabgabe nicht möglich. Man kann doch wohl sagen, daß ein 50jähriger Arbeiter mit 6000 Mark Einkommen leistungsfähiger ist als ein 65jähriger Angehöriger der freien Berufe, der eine ersparte Rente von 5000 Mark aus hundertem Vermögen bezieht. Es muß also die Vermögensabgabe in organischer Zusammenhang mit der übrigen Einkommensverteilung gebracht werden und auch diese muß durch eine Zusammenfassung von Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzorganen geregelt werden, wenn nicht Dürren entstehen sollen, die sich durch den ganzen Volkkörper fühlbar machen.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 5. Juli.

Die Beratungen der Nationalversammlung sind bei 2 Punkten ins Stocken geraten: bei Art. 18, der die Abgrenzung der Einzelstaaten regelt und bei Art. 143 über die Schulfrage. Die zwischen den Fraktionsführern des Zentrums und der Sozialdemokraten in der Schulfrage erzielte Verständigung ist von der Fraktion der Sozialdemokratie abgelehnt worden. Dadurch besteht die nach andern Meldungen erledigte Regierungskrise bis zu einem gewissen Grade eigentlich weiter. Von nicht geringerer Bedeutung sind die Differenzpunkte, die einer Abfassung über Art. 143 entgegenstehen; es handelt sich dabei um die Verschlagung Preußens, um die Schaffung von selbständigen Republiken im Rheinland, Oberschlesien und Westfalen-Hannover im Rahmen des Deutschen Reiches. Von der Entscheidung über diese Fragen hängt es ab, ob sich die derzeitige Regierung halten kann.

Sitzungsbericht.

Zum Regierungsrat Dr. Preuß.
Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2.15 Uhr. Eingegangen ist der Gesetzentwurf über die Ratifikation des Friedensvertrages. Die zweite Beratung des Verfassungsentwurfes wird fortgesetzt. Die Bestimmungen über das Amt des Reichspräsidenten werden entgegen dem Antrag der Unabhängigen auf Streichung angenommen, bis auf Art. 41, über den später namentlich abgestimmt wird.
Abg. Dr. Heintze (D.V.) beantwortet einen Antrag auf andere Formulierung des Art. 4, der die Frage der

Kriegserklärung regelt. Das Verfahren eines Reichsgesetzes sei viel zu kompliziert und erfordere so lange Zeit, daß eine Kriegserklärung vielleicht gemeinsam mit dem Friedensvertrag erfolgen könnte (Seltzerkeit). Es gehe, wenn der Kriegserklärungen einseitig die Entscheidung des Reichstages erforderlich ist.
Abg. Gröber (Z.) beantwortet einen Antrag, den letzten Absatz über den Bölkerbund zu streichen. Als der Entwurf ausgearbeitet wurde, glaube man, daß Deutschland sofort nach Friedensschluß in den Bölkerbund aufgenommen werden würde. Nachdem dies nun geschehen ist, haben wir keine Veranlassung, einen Pfähel auf die Zukunft zu setzen.

Abg. Cohn (U.S.P.): Der Antrag Heintze hat die Tendenz, die Kriegserklärung zu beschleunigen und zu erleichtern.
Abg. Kagenstein (S.) bittet, die Anträge abzulehnen.
Abg. Weidrich (S.N.): In so kritischen Tagen, wie sie den Ausbruch eines Krieges voraussetzen, würde eine Entscheidung des Reichstages genügen. Der Vorschlag über den Bölkerbund muß im Interesse der Würde des deutschen Volkes getrigen werden. Deutschland hat es nicht nötig, nachdem seine Aufnahme in den Bölkerbund abgelehnt worden ist, Herrn C-

meineau gewissermaßen seine Visitenkarte abzugeben. (Voy. Bravo!)

Der Antrag Heintze und der Antrag der Unabhängigen wird abgelehnt, Antrag Gröber (Z.) angenommen. Artikel 41 wird in der Fassung des Ausschusses unter Streichung des Absatzes über den Bölkerbund angenommen.

Ebenso wird der Artikel 46 und 47 angenommen.

In Artikel 8, der bestimmt:
„Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder dem Reichsgesetz obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.“

beantragt Abg. Kagenstein (S.) weitere Beschränkungen des Reichspräsidenten.

Abg. Dr. Heintze: Wir lehnen den Antrag ab. Durch ihn wird an der Sache wesentlich nichts geändert, aber formell viel erschwert.

Abg. Koch-Kassel (D.V.): Gerade um schlimme Verbrechen und großes Blutvergießen zu vermeiden, muß in solchen Fällen rasch eingegriffen werden. Deshalb lehnen wir den sozialdemokratischen Antrag ab.

Abg. Cohn (U.S.P.): Wir bitten, den ganzen Artikel zu streichen.

Das Haus geht nunmehr zu der gestern ausgelegten Abstimmung über Artikel 41 über. Vorher begründete der Abg. Dr. v. Schuppe-Gövernig einen Antrag, statt Reichspräsident zu sagen Reichswart. Der Antrag wird abgelehnt. Entsprechend dem Antrag Stier beschließt das Haus die Fassung, daß zum Reichspräsidenten wählbar ist jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat. Inzwischen ist Ministerpräsident Bauer am Regierungstisch erschienen. Die gestern zurückgestellte Abstimmung über Artikel 38 (Ergebnisverweigerung der Abgeordneten) ergibt die Annahme, in der vom Abgeordneten Abiah (D.V.) begründeten besseren juristischen Formulierung.

Abg. Frau Agnes u. Gen. beantragen die Streichung des Artikels 49 über den

Belagerungszustand.

Ein gemeinsamer Antrag der Abgeordneten Beyerlein (Z.), Felbrich (D.Nat.), Haubmann (D.V.) und Heintze (D.V.) schlägt eine neue Fassung vor, wonach der Reichspräsident bei Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten kann, sowie den Inhalt: Bei Gefahr im Verzug kann die Landesregierung für ihr Gebiet einschneidende Maßnahmen treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten außer Kraft zu setzen. Hierzu beantragt Abgeordnete Kagenstein hinter auf Verlangen des Reichspräsidenten zu streichen; oder des Reichstages. Regierungskommissar Dr. Preuß: Auch der Abgeordnete Dr. Cohn kommt ohne den Belagerungszustand nicht auskommen. Das haben seine Parteifreunde in Bremen und München und an anderen Stellen ausreichend bemerkt. Der Entwurf, legt nur die Verantwortung für die Verschärfung des Belagerungszustandes völlig in die Hände des Reichspräsidenten und der Regierung selbst. Der Abgeordnete Cohn kann nicht leugnen, daß die Regelung, die der Entwurf trifft, ein ganz wesentlicher Fortschritt gegen früher ist. (Abg. Cohn: Auf dem Papier.) Die Regelung des Belagerungszustandes wird durch ein Reichsgesetz, ich nehme an, in ruhigeren Zeiten, erfolgen. Wir würden uns freuen, wenn die Unabhängigen mit uns darauf hinarbeiten würden, den Belagerungszustand überhaupt überflüssig zu machen. (Lebhafte Zustimmung, zahlreiche Zurufe: Sehr wahr, sehr gut.)

Abg. Kagenstein (S.) beantragt in dem Artikel 49 in der Wendung „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ die Worte „und Ordnung“ zu streichen.

Reichsminister Heintze wendet sich gegen den Antrag Kagenstein auf Streichung des Wortes Ordnung. Dadurch würde der Inhaber der vollziehenden Gewalt verhandelt werden, wirtschaftliche Maßregeln zu treffen.

Abg. Cohn (U.S.P.): Ich gebe zu, es muß einen Zustand geben, der die öffentliche Sicherheit gewährleistet, wogegen ich mich wende, ist, daß man diesen Zweck erreichen will, unter Umständen auch mit Mitteln, die außerhalb der bestehenden Gesetze liegen. Im letzten Grunde handelt es sich für Sie (zu den Sozialdemokraten) doch nur darum, Ihre Gewalt zu mißbrauchen zum Schutze Ihrer Partei. (Sehr wahr bei den Unabhängigen.) Es tut not, daß Ihnen einmal die heuchlerische Larve abgerissen wird.

Vizepräsident Haubmann: Der Ausdruck: Die Maske vom Gesicht reißen, verstoßt gegen die Ordnung des Hauses, wenn er gegen Abgeordnete gerichtet ist.

Artikel 49 wird in der Fassung des Antrages Beyerlein (S.) angenommen. Der Antrag Kagenstein auf Streichung des Wortes Ordnung wird abgelehnt. Der Artikel 51 (Gegenzeichnung), Artikel 52 (Vertretung des Reichspräsidenten), Artikel 53 (Reichsregierung) werden ohne Erörterung angenommen. Der Artikel 54 und 55 werden verbunden zur Beratung gestellt.

Abg. Dr. Heintze beantragt in Artikel 55 ausdrücklich herauszutreiben: Der Reichspräsident ist in der Wahl des Reichskanzlers und der Reichsminister frei.

Reichskommissar Dr. Preuß: Der Wortlaut des Entwurfes steht den eben gehörten Anschauungen nicht entgegen. Die Fassung des Entwurfes wird angenommen.

Neben dem Abschnitt Reichsrat, Artikel 61 ff., berichtigt Abg. Haubmann (D.V.): Der Reichsrat erschien allgemein notwendig und zweckmäßig. Selbst die äußerste Linke hat einen solchen einmal als wünschenswert anerkannt. Grundtätliche Bedenken gegen ein solches Kollegium, das die einzelnen Länder vertritt, wurden nicht erhoben.

Die Abg. Frau Agnes und Gen. (U.S.P.) beantragen, den ganzen Abschnitt zu streichen und dafür als Artikel 61 zu fassen, daß jedes deutsche Land zur Vertretung bei der Gesetzgebung des Reiches mindestens eines oder höchstens drei Mitglieder seiner Regierung zur Reichsregierung abordnet.

Der Antrag wird abgelehnt. Der Abschnitt über den Reichsrat wird nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen bis auf die Artikel 62 und 64 über das Stimmverhältnis im Reichsrat, die erst später im Zusammenhang mit dem zurückgestellten Artikel 18 beraten werden sollen.

Bei Beratung der Bestimmungen über die Reichsgesetzgebung, entspringt sich bei dem vom Abg. Cohn (U.S.P.) eingetragenen Antrag eine Geschäftsordnungsdebatte, während deren die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelt wurde, weshalb Präsident Fehrenbach um 7 Uhr die Verhandlungen abbrach.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr.



Die Nationalversammlung beriet heute die wichtigen Abschnitte 5 und 6 des Verfassungs-Entwurfs über die Reichsgesetzgebung und die Reichsverwaltung. Einen breiteren Raum nahmen dabei die Beratungen über die Volksabstimmung und über die Vereinheitlichung der Post und der Eisenbahn ein. Trotz kräftigen Anlaufs der Sozialdemokraten, die das Referendum erweitert wissen wollten, blieb es bei den Ausf. Anträgen. Wesentlich größere Gegenstände fanden sich bei den Einheitsbestrebungen in bezug auf die Post, wo Einschränkungen durch den bayer. Gesandten angekündigt werden; auch von sozialdemokratischer Seite wird eine gewisse Selbständigkeit der Landesverwaltungen gewünscht, weshalb das Recht des Reichspostministers zur selbständigen Erlassung von Verordnungen gestrichen wird. Unfruchtbarerweise werden dagegen die Artikel über die Reichseisenbahnen unverändert angenommen.

Sitzungsbericht.

Am Regierungstisch Dr. Preuß. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2.25 Uhr. Der Abgeordnete Thomae (bei keiner Fraktion) aus dem 14. Wahlkreis (Schleswig-Holstein) hat sein Mandat niedergelegt.

Das Haus setzt die Beratung beim 5. Abschnitt über die Reichsgesetzgebung.

Artikel 60: Die Gesetzesvorlagen werden von der Reichsregierung oder aus der Initiative des Reichstages eingebracht, fort. Die Abg. Frau Agnes (U.S.P.) beantragt: Der Reichswirtschaftsrat beteiligt sich an der Gesetzgebung nach den Bestimmungen der Verfassung. Im übrigen wird reichsgesetzlich die Teilnahme der Arbeiterkreise an der Gesetzgebung geregelt. Abg. Braß (U.S.P.) verweist in Artikel 60 entsprechend dem Antrag Agnes, daß auch der Reichswirtschaftsrat das Recht zur Einbringung von Gesetzesvorlagen haben soll.

Die Abstimmung über den Antrag Agnes bleibt infolge Nichtbeschlußfähigkeit zweifelhaft. Der Präsident erteilt die nächste Sitzung auf 3 Uhr an in der Hoffnung, daß bis dahin die erforderliche Anzahl von Mitgliedern erscheint.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3.05 Uhr. Die wiederholte Abstimmung über den Antrag Agnes ergibt keine Ablehnung. Die Artikel 73 und 74 treffen Bestimmungen über die

Veränderung der Reichsgesetze und die Volksabstimmung. Abg. Dr. Heine (D.V.P.) beantragt, die Artikel 73 und 74 zu streichen.

Abg. Kuer (S.) beantragt für Artikel 74 die Fassung: Ein Gesetz ist dem Volkstumsrecht zu unterbreiten, wenn ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten binnen zweier Monate nach der Schlußabstimmung im Reichstag es fordert.

Abg. Heine (D.V.P.): Der Ausschuss hat gegenüber der Vorlage die Möglichkeit des Referendums erheblich erweitert, das dadurch eine geordnete Gesetzgebung unter Umständen möglich macht.

Abg. Dr. Delbrück (D.natl.Vp.): Ein Teil meiner politischen Freunde wird in der Absicht, die Initiative des Reichspräsidenten zu stärken, für den ersten Satz des Artikels 74 stimmen. Den dritten Teil dagegen, das Volksbegehren, lehnen wir einmütig ab.

Reichskommissar Dr. Brück: Hauptfrage bleibt die einfache Klarheit der Verfassung. Durch parlamentarische Arbeit wird tatsächlich die Möglichkeit häufig erreicht. Allzuoft wird es zum Referendum nicht kommen, weil doch eine große Stimmmehrheit verlangt wird, doch wird die Unruhe nicht unbedeutend sein. Sie haben es ja erdacht, je kleiner die Minderheit, desto stabiler die Majorität. (Sehr richtig! Heiterkeit.)

Abg. Koch-Kastel (D.V.P.): Die Autorität der Demokratie wird nicht von allen Seiten anerkannt. Deshalb ist die Stimme des Volkswillens in ihren Ursprüngen zu stärken.

Abg. Koch (U.S.P.): Der Volkstumsrecht bedeutet keinen neuen Gedanken, aber es ist ein wichtiges Mittel für die Festigung der Massen.

Abg. Dr. v. Delbrück (D.natl.Vp.): Das Volksbegehren lehnen wir ab, weil es sich hierbei in der Regel um Dinge handelt, die in der Öffentlichkeit noch nicht hinreichend erörtert sind und nicht eingehend geprüft wurden.

Abg. Hausmann (D.V.P.): Die eben geäußerte Besorgnis haben auch wir empfunden. Wir haben deshalb eine besonders vorsichtige Form der Veränderung vorgeschlagen.

Artikel 73 und 74 werden unter Ablehnung aller Anträge unverändert angenommen.

In Artikel 75 beantragen die Sozialdemokraten Volksentscheid auch für den Fall, daß der Reichstag in drei aufeinanderfolgenden Perioden zum drittenmal ein Gesetz gegen den Einspruch des Reichsrats beschlossen hat. Nach kurzer Begründung wird der Artikel 75 angenommen.

Es folgt die Beratung des sechsten Abschnittes die Reichsverwaltung.

Die Artikel 78 bis 87 werden ohne Erörterung angenommen. Der Artikel 88 betrifft die

Vereinheitlichung des Post- und Telegraphenwesens.

Der bayerische Gesandte Dr. v. Preger und Reichskommissar Dr. Preuß bitten um vorläufige Aussetzung dieses Artikels, da innerhalb der beteiligten Reichsteile noch Verhandlungen über das streitige Verordnungsrecht des Postministers schweben. Das Haus lehnt jedoch diesen Wunsch ab, da in der dritten Lesung noch genügend Zeit/bütele, den Beschluß zu ändern.

Abg. Steinhilber (S.) beantragt den Absatz 2 des Artikels, der Bestimmungen durch den Reichspostminister ermöglicht zu streichen.

Abg. Weiß (D.V.P.): Ich bitte, den Absatz zu lassen, wie er ist. Es handelt sich um die Frage, ob das große Verwaltungsgelände der Post zentralistisch von Berlin aus dirigiert werden soll. Angehts der Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse müssen die Landesbehörden das Recht und die Möglichkeit haben, bei dem Erlass von Verordnungen in irgend einer Form mitzuwirken.

Abg. Jöppel (D.V.P.): Wenn die Post und die Eisenbahn einheitlich gestaltet werden, so müssen sie auch zentralisiert verwaltet werden und es ist nicht zweckmäßig, sie in ihrem Verordnungsrecht vom Reichsrat abhängig zu machen.

Reichskommissar Preuß: Vielleicht empfiehlt sich, das Recht des Postministers, Verordnungen zu erlassen, auf die Gebühren und die Benennung der Verkehrsanstalten zu beschränken, damit wären auch Bayern und Württemberg einverstanden. In Artikel 88 wird gemäß dem Antrag Steinhilber der Absatz 3 gestrichen, der Artikel im übrigen angenommen.

Die Bestimmungen über die Reichseisenbahnen werden ohne Erörterung angenommen.

Artikel 97 behandelt die Wasserstraßen. Ein gemeinsamer Antrag (Dr. Venger (Bayr. Vp.), Dr. Haas (D.V.P.), Dr. Heine (D.natl.Vp.)) will die Ausnähme der Wasserstraßen und die Regelung des gemeinsamen Gebrauchs der Wasserstraßen den Ländern überlassen.

Abg. v. Schütze-Cöverlich (D.V.P.): Ein Land, das seine Wasserkraft für Energie oder nicht für Wasser zu verwenden, wird bevorzugt gegenüber einem Land, das sie zum Beispiel Baden, einer Wasserstraße wie dem Rhein nutzbar zu machen. Die Verfassung wird deshalb schon reichlich unklar befunden. Durch den ungelösten Friedensvertrag wird Baden ohnehin schon wirtschaftlich aufs schwerste gelähmt. Aber seine Wasserkraft muß es aber mit dem Ausland verhandeln und es erscheint nicht wünschenswert, daß das über Berlin geschieht.

Unterstaatssekretär Dr. Peters: Das Referat der Wasserstraßen kann einzelne Bundesstaaten wohl benachteiligen, Preußen aber, das sehr große Ausgüsse für die Schiffahrt seiner Wa-

asser gehabt hat, liegt auf dem Standpunkt, daß das Referat nur schädige.

Artikel 97 und der übrige Teil des 6. Abschnitts wird von der Nationalversammlung unter Ablehnung des Antrags Venger angenommen. Hinzugefügt wird auf Antrag sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen ein Antrag, wonach das Reich alle Wasserstraßen übernimmt.

Dann verläßt sich das Haus. Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. Steuerergesetz.

Schluß 6.40 Uhr.

Weimar, 8. Juli.

Erste Beratung des Steuerergesetzes. In Verbindung mit der Interpellation Auer u. Gen. (U.S.P.) betreffend steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne usw.

Reichsfinanzminister Erzberger

nimmt das Wort zu folgender Rede:

Der Krieg ist der Verwüster der Finanzen. In schwerster Stunde des Reiches habe ich das schwerste Referat übernommen. Alle Parteien bitte ich um ihre Unterstützung zum Wiederaufbau, dessen wesentliche Voraussetzung geordnete Finanzen, eine grundlegende Finanzreform sind. Der Staatsbankrott bringt keine Rettung, denn Staatsbankrott ist volksverderblich. Die Kaufkraft auf Annaherung der Kriegsanleihe ist nicht mit dem Zinsendienst für die Kriegsanleihe zu sichern. Mein oberstes Ziel ist es, Gerechtigkeit in Steuerwesen zu schaffen. Gerechte Steuern sind eine rasch wirkende Sozialversicherung. Im Kriege hat man durch die allgemeine Wehrpflicht die lebendigen Leiber mobil gemacht, aber die allgemeine Wehrpflicht machte Halt vor Kapital und Besitz. Darin liegt auch eine Wurzel der Maßlosigkeit der Lohnforderungen. Helfferich, der leichtfertige aller Finanzminister, ist für die unheilvolle Wirtschaftspolitik verantwortlich die dem moralischen Siegeswillen des deutschen Volkes so sehr geschadet hat. Drohend erhebt sich als extreme Reaktion des verletzten Gerechtigkeitsgefühls der wahnsinnige Sozialismus. Das Heilmittel ist Sozialisierung. Ein großes Stück davon ist schon vollzogen durch Steigen des Arbeitslohnes und Fallen des Geldwertes. Erbschaftsteuer und große Vermögensabgabe sind die ersten einleitenden Schritte; andere werden folgen. Vor dem Kriege erhob das Reich nicht ganz 2 Milliarden Steuern, die Einzelstaaten und Gemeinden ungefähr 3 Milliarden. Bei Friedensschluß brauchte das Reich für eigene Bedürfnisse 17 Milliarden, Einzelstaaten und Gemeinden 6 Milliarden. Die Einnahmen des Reiches müssen um 600, die der Einzelstaaten und Gemeinden um 100 v. H. gesteigert werden. Der Kassenbedarf der Zukunft müssen wir aufbringen, wobei zwischen Inlandsbedarf und Wiedergutmachung zu unterscheiden ist. Die voranschreitenden jährlichen Ausgaben werden sich um 17,5 Milliarden beziffern. Die Hauptsumme für die Wiedergutmachungen konnte trotz aller Bemühungen im Friedensvertrage nicht festgestellt werden. Ich bin entschlossen, den Weg der harten Sparmaßnahmen zu gehen. Unproduktive Ausgaben darf es nicht mehr geben. Deshalb muß auch der Abbau der Arbeitslosenunterstützung ins Auge gefaßt werden. Wie soll der Geldbedarf für Reich, Einzelstaaten und Gemeinden, den ich mit rund 25 Milliarden beziffern darf, gedeckt werden? Meine Pläne hierfür stehen bereits fest. Die neuveranschlagten Steuerentwürfe sollen dem Reich weitere 1200 Millionen Einnahmen bringen und ferner einmalige Einnahmen, die ein dauernde Einsparnis von 600 Millionen versprechen. Es ist also noch die Summe von mehr als 10 Milliarden zu decken. 2 große neue Steuern nähern sich im Finanzministerium ihrem Abschluß und ich beabsichtige, sie noch vor Beginn der Parlamentsferien dem Hause zu unterbreiten: Die große einmalige Vermögensabgabe und die große Erbschaftsteuer. Aber auch wenn diese Vorlagen unverändert angenommen würden, ist der Geldbedarf für den eigenen Bedarf noch nicht gedeckt. Die Summe für die Wiedergutmachung muß auf andere Weise eingebracht werden. Im Herbst werden der Nationalversammlung neue Vorlagen zu dem Endziel, diese Forderungen zu decken. Die Steuerlast wird eine geradezu entsetzliche Höhe erreichen. Eine freie Befreiung sind die 72 Milliarden schwebende Schulden. Ihre Beseitigung ist eine der dringendsten Aufgaben, entweder durch Umwandlung in eine fest fundierte Anleihe oder durch Tilgung mit Hilfe großer Abgaben. Die breiten Massen warten seit der finanziellen Umwälzung auf die großen Opfer der Besitzenden. Pflicht der Reichsregierung ist es, durch Hingabe von Reichsrenten und Ueberfluß die Prämie zur sozialen Verbesserung zu schlagen. Die Steuerergesetze können freilich nur die Form geben, Steuern selbst zu zahlen sie nicht. Diese werden nur gebracht durch Arbeit. Unermüdete Arbeit ist der Gegenbringer für die Einzelperson wie für das Reich. Den Reichstag hat uns der Krieg genötigt, um so energischer aber wollen wir arbeiten für eine in Gerechtigkeit wieder aufstehende Heimat und als unser Sorgen und Mühen widmen dem armen aber gerechten Deutschland. Gerechtigkeit, Arbeit und Biederkeit müssen der heilbringende Dreiklang sein, der des neu Deutschland einleitet und dadurch bessere Zeiten anbahnt.

Neues vom Tage.

Warenaustausch mit dem besetzten Gebiet.

Köln, 8. Juli. Von der 10. französischen Armee in Mainz, in deren Gebiet große Gurkenproduktionsgebiete im Hessischen liegen, die in den Friedensjahren stets nach dem besetzten Deutschland ausgeführt wurden, wurden genehmigt, daß die Ausfuhr nach dem rechtsrheinischen Deutschland für die Hälfte des Erntebetragtes frei sei. Nach der Entscheidung der französischen Unterkommission in Mainz ist jetzt auch der Güterverkehr der besetzten Orte vor Frankfurt, die bisher nur unter Verhütung der neutralen Zone erreichbar waren, mit dem unbesetzten Gebiet zugelassen worden.

Französische Banken im Rheinland.

Frankfurt, 8. Juli. Verschiedene französische Großbanken beabsichtigen im rheinischen Gebiet, besonders in Mainz Niederlassungen zu errichten, so u. a. der Credit-Comptoir, der bereits ein Mainzer Hotel zu diesem Zwecke angekauft hat.

Von unjeren Kriegsgefangenen.

Berlin, 7. Juli. Die belgische Eisenbahnverwaltung hat die notwendigen Rangnahmen zur Heimbeorderung der deutschen Kriegsgefangenen getroffen. Zahlreiche Kriegsgefangene sind bereits an Sammelplätze für die Heimbeorderung geschafft worden.

Genf, 8. Juli.

Wie die „Humanite“ meldet, ist die Beschäftigung der deutschen Kriegsgefangenen im Kriegsgebiet eingestellt worden. Die Kriegsgefangenen werden zurzeit nach Sammelplätzen transportiert.

Haag, 8. Juli.

Am 13. Juli treffen 68 verwundete Offiziere und 251 verwundete Mannschaften aus England in Rotterdam ein.

Der Vertrag mit Oesterreich.

Amsterdam, 8. Juli. „Algemeen Handelsblad“ meldet aus Paris, daß die Ergänzungen zu dem Friedensvertrag mit Oesterreich wahrscheinlich Ende dieser Woche überreicht werden würden. Sie werden gewisse Klauseln über territoriale, militärische, wirtschaftliche und finanzielle Fragen enthalten. Die entscheidende Antwort auf die zahlreichen Gegenvorschläge der Oesterreicher wird erteilt werden, sobald alle Gegenvorschläge empfangen worden sind.

Vor der Ratifizierung.

Weimar, 8. Juli. Der Gesandtenrat über die Ratifizierung des Friedensvertrages, der heute der Nationalversammlung zugegangen ist, besteht aus 2 Artikeln:

Art. 1: Dem am 28. Juni unterzeichneten Friedensvertrage zwischen Deutschland und den a. und a. Mächten und dem dazu gehörigen Protokoll, sowie der am 28. Juni unterzeichneten Vereinbarung über die militärische Lage der Rheinlande wird zugestimmt. Der Friedensvertrag, das Protokoll und die Vereinbarung werden nachstehend veröffentlicht.

Art. 2: Dieses Gesetz tritt am Tage der Verkündung in Kraft.

Weimar, 8. Juli. Die Rede des Ministers bei Auswärtigen zum Friedensvertrag wird erst am Donnerstag gehalten. Die Begründung des Ratifizierungsentschlusses, die Mittwoch erfolgen soll, wird sich auf das Allernotwendigste beschränken. Die Parteien sollen dazu nur kurze Erklärungen abgeben.

Berlin, 7. Juli. Der Staatsauschuss hat der Ratifizierung des Friedensvertrages zugestimmt. Wie aus Versailles gemeldet wird, hat Clemenceau dem Präsidenten der deutschen Friedensdelegation, Herrn v. Versner, die Antwort der a. und a. Regierungen auf eine deutsche Anfrage betr. die Ratifizierung des Friedensvertrages überreicht. In der Antwort wird gesagt, die Ratifizierung müsse sich auf sämtliche Akten, die ein Ganzes bilden, beziehen, also auf den Friedensvertrag selbst, das Protokoll und die Vereinbarung betr. die Befreiung der Rheinlande. Diese Dokumente bildeten die Friedensbedingungen und seien eines von dem anderen untrennbar.

Um den Kaiser.

Amsterdam, 8. Juli. Der Parlamentsberichterstatter der „Times“ erzählt, daß der kleine Kabinettsauschuss und einige Rechtsgelahrte damit beschäftigt sind, für die englische Regierung einen Bericht über alle Fragen aufzustellen, die mit dem gerichtlichen Verfahren gegen den früheren deutschen Kaiser und die anderen Deutschen zusammenhängen, die der Hebertreue der Geiselle der Kriegführung beschuldigt werden. Zu diesem Berichte werden einige unklare Punkte angeklärt. Es wird erklärt, daß kein besonderes Geis für die Bildung der militärischen Gerichtshöfe notwendig sei, vor denen die weniger hochgestellten erscheinen sollen. Diese Gerichtshöfe sollen durch königliche Verordnung ernannt werden. Außerdem wird in dem Bericht gesagt, daß die Prozesse nicht im Namen des Völkervertrages geführt würden. — In der Frage der Auslieferung des Kaisers schreibt Gibson Bowles: Muß England der Gefangenenerwarter von Europa sein? St. Helena und Scapa Flow sind keine Ernennung dafür.

Die Auslieferungsliste.

Versailles, 8. Juli. Einzelne Blätter, wie „La Patrie“ und „Journal des Debats“, veröffentlichen eine Liste derjenigen Deutschen, deren Auslieferung die Alliierten wegen Vergehens gegen die Kriegsgesetze und das Völkerrecht verlangen werden. Es werden genannt: Kronprinz Rupprecht von Bayern (Schuldigung: Deportationen in Nordfrankreich); v. Madenjen (Weich.: Brandstiftung, Diebstahl und Hinrichtungen in Rumänien); General v. Sälow (Weich.: Niederbrennen Andenne in Belgien und Gefangenen von Gefangenen); Baron v. d. Landen (Weich.: Cavell-Affäre); Admiral v. Capelle (Weich.: Unterseebootskrieg); Leutnant Berner, die Kommandanten Valentiner und Baron v. Forstner (Weich.: Verletzung von Hospital-schiffen); v. Mantuffel (Weich.: Niederbrennen von Löwen); Major v. Below (Weich.: Zerschlagung von Artillerie und Hinrichtung von 150 Gefangenen).

Unruhen in Deutschland.

Die Berliner Gas- und Elektrizitätsarbeiter.

Berlin, 8. Juli. In einer Versammlung der Gas- und Untergrundbahnangestellten wurde mitgeteilt, daß die Gas- und Elektrizitätsangestellten der Stadt Berlin an den Magistrat die bis Mittwoch befristete Forderung auf Erhöhung der Stundenlöhne auf 2.30 Mk., 3 Mk. und 3.50 Mk., sowie die Gewährung einer einmaligen Entschädigungszulage in Höhe von 1100 Mark für Inhaberpatente und 1200 Mark für Verheiratete, gerichtet hat. Im Falle der Ablehnung dieser Forderungen erklärten die Gas- und Elektrizitätsarbeiter ihre Solidarität mit den Straßenbahnern und drohen, ebenfalls in den Ausstand zu treten.

Der nordische Eisenbahnerstreik.

Hamburg, 7. Juli. Die Streiklage im Eisenbahnbetrieb ist durch die heutige Arbeitsniederlegung der Betriebskräfte Hamburg-Elbe noch verschärft worden. 1500 bis 2000 Mann dieser Werkstätten sind ausständig. Die Wahrung der Eisenbahndiensten und Arbeiterschaft im Bezirk Hamburg-Altona ergibt nach den bisher vorliegenden Zählungen eine einfache Mehrheit für den Ausstand.

Hamburg, 8. Juli. Die Abstimmung der Beamten und der Arbeiterschaft des Eisenbahnbereiches Hamburg-Altona-Wilhelmsburg ergab vorläufig 6329 Stimmen für und 4392 Stimmen gegen die Streiknahme. 303 Stimmen sind unglücklich. Die Stimmung gegen den allgemeinen Ausstand verstärkt sich.

Spartakistischer Aufruhr in Hannover.

Hannover, 8. Juli. Die gestern abend auf dem Hauptbahnhof eingetroffenen Truppen wurden vom Gewandl tötlich angegriffen, welches versuchte, ihnen die Waffen abzunehmen, worauf die Truppen von der Waffe zur Selbstverteidigung Gebrauch machen mußten. Leiden sind dabei einige Tote und Verwundete zu beklagen. Hieran zogen die Spartakisten nach dem Schloße mit hielten dort Gefangene heraus. Andere durchsuchten einige Polizeirevierer nach Waffen und zogen schließlich nach dem Militärgerichtsfängnis, wo ihnen die Wache die Waffen ohne Widerstand übergab. Hieran erzwang die

Menge den Unfall und deserte jantaze verjange. Die Gerichtsalten wurden in der Dallerstraße verbrannt. Zuletzt begab sich der Mob nach dem Zellengefängnis wo Reichwehrentuppen und Schutzeute ihnen entgegen traten. Es entwickelte sich ein Feuergefecht, das mehrere Tote und Verwundete forderte.

Hannover, 8. Juli. Ueber Hannover ist vom kommandierenden General der Belagerungszustand verhängt worden.

Brief Hindenburgs an Foch.

Großes Hauptquartier, Kolberg, 3. Juli.
Herr Marschall!

Der Krieg ist beendet! Das deutsche Volk ist entschlossen, die schweren Bedingungen, die ihm durch den Frieden auferlegt worden sind, auf sich zu nehmen. Auch die Armeen, an der Spitze ihre Offiziere, ist bereit, für die eheliche Erfüllung dieses Friedens jedes, auch das härteste, persönliche Opfer zu bringen, sofern ihre Ehre hierbei nicht Schaden leidet. Allein ein Soldat, der nicht für seinen Obersten Kriegsherrn eintritt, dem er Mannestreu geschworen hat, — ein solcher Soldat wäre dieses Ehrennamens nicht wert. Solange echte, soldatische Ehre auf der Welt noch etwas gilt, werden Feind und Freund diese Auffassung achten. Auch dieser Krieg hat trotz der Härte, mit der er geführt werden mußte, auf beiden Seiten Beispiele hohen sittlichen soldatischen Denkens und Empfindens gezeigt — Beispiele, die beweisen, daß die alten Kulturvölker gemeinsamen soldatischen Ehrbegriffe nicht erhorben sind. Als dienstältester Soldat und zeitweise erster militärischer Berater meines Kaisers und Königs halte ich es für meine Pflicht, im Namen der alten deutschen Armee an Sie, Herr Generalfeldmarschall, als den obersten Vertreter der Heere der alliierten und assoziierten Mächte diese Bitten zu richten und Sie zu bitten, dafür einzutreten, daß von der Forderung der Auslieferung seiner Majestät des Kaisers Abstand genommen wird. Als höchster Führer einer Armee, die Jahrhunderte hindurch die Tradition echter soldatischer Ehre und ritterlicher Gesinnung als kostbarstes Gut gepflegt hat, werden Sie unsere Auffassungen zu würdigen wissen. Um diese schmerzliche Erniedrigung von unserer Armee und unserer Armeen fern zu halten, bin ich bereit, jedes Opfer zu bringen. An Stelle meines kaiserlichen und königlichen Kriegsherrn stelle ich mich daher voll und ganz zur Verfügung. Ich bin überzeugt, daß jeder andere Offizier der alten Armee bereit ist, ein Gleiches zu tun.

Gewärtigen Sie, Herr Marschall, den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung
v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Fürsorge für unsere Gefangenen in Frankreich.

Die am 12. Juni von einer mehrwöchentlichen Reise in das zentrale Gebiet in Nordfrankreich zurückgekehrten Delegierten des Internationalen Roten Kreuzes berichten, daß die Ernährungsverhältnisse unserer Kriegsgefangenen sich wesentlich verbessert hätten, während sie im Anfang, infolge des zu häufigen Abtransportes der Gefangenen nach unbewohnten Gegenden ohne brauchbare Verkehrswege und Verkehrsmittel, offenbar sehr viel zu wünschen übrig ließen.

Rur Zeit besteht die tägliche Ration aus: 400 Gramm Brot, 100 Gramm Zwieback, 240 Gramm Pferdefleisch oder 120 Gramm Salzfleisch, 2000 Gramm Kartoffeln, gelegentlich durch Dörrengemüse ersetzt, 25 Gramm Fett, 8 Gramm Kaffee, 17 Gramm Zucker, 15 Gramm Salz.

Niel zu wünschen übrig läßt immer noch die Versorgung mit Kleidern, Wäsche und Schuhen. Der Hilfsdienst für die Kriegs- und Zivilgefangenen in Vorn macht z. B. sehr große Sendungen der benötigten Gegenstände nach dem damaligen Kampfgebiet. Die Schweizer Delegierten haben von dem Ausschuss für deutsche Kriegsgefangene in Frankfurt a. M. eine Summe von 100.000 Franc erhalten, welche durch die Kommandanten der Departements Oise, Nord, Pas de Calais und Somme an die bedürftigen Kriegsgefangenen in diesen vier Departements verteilt werden. Weitere 150.000 Franc, welche von der Reichszentralstelle in Berlin der Schweizerischen Gesandtschaft in Paris zur Verfügung gestellt worden sind, werden in den übrigen Departements der Kammer verteilt. Diese Geldunterstützungen sind wertvoll, da die Gefangenen jetzt Gelegenheit haben, in Kantinen, die unter Selbstverwaltung stehen, gewisse Artikel, besonders Fett und Konserven, zu kaufen.

Baden.

(*) **Karlsruhe, 8. Juli.** Dem Bad. Landtag ist von dem Abg. Karl (D.nal.) und Gen. ein Antrag eingebracht worden, die badische Regierung möge dahin wirken, daß dem Reichstag ein Gesetz vorgelegt wird, nach welchem die zu erwartende Vermögensabgabe nur in Kriegsanleihe gekehren kann. Ferner wird dem Landtag ein Gesetz zugehen, über die Unterbringung der ausgewiesenen e-fah-erbringenden Beamten. Baden soll diejenigen Beamten übernehmen, die ihrer Abstammung nach badische Landesbürger sind. Andere Beamten, die gehörige e-fah-erbringender sind, werden auf alle Bundesstaaten verteilt werden.

(*) **Karlsruhe, 7. Juli.** Aus Anlaß des Rücktritts des preussischen Gesandten von Eisenbecher von seinem Amte erinnert der „Schwäbische Merkur“ an folgendes Vorwissen: von Eisenbecher war deutscher Gesandter in Washington, als aus dem Kongreß der Vereinigten Staaten bei dem in New York erfolgten Tode Laasers eine Verleumdung hervorging, in deren Fassung Bismarck nicht ohne Grund eine taktlose Kritik amerer deutscher Vorgänge erblickte. Der Kanzler hat Eisenbecher nach verheißt, daß er die Adresse über- entgegengenommen und sie nach dem Wunsche ihrer sogar behält. Uebermittlung an den Reichstag an

Die deutsche Regierung weitergegeben hat. Bismarck be- hielt, sie an die Verfasser zurückzugeben und verlegte die Vernehmung Eisenbechers nach Karlsruhe. Hier waren ja dergleichen politische Konstellationen nicht zu bejorgen.

(*) **Karlsruhe, 7. Juli.** Die hiesige Volkswehr setzt ihre Beschlagnahmefahrten in die Orte der näheren und weiteren Umgebung fort. In Rheinsheim erfaßte sie bei dem Bürgermeister Nau u. a. 30 Kilo Kohlen- leder, ferner größere Mengen Zucker und Fleisch. Bei einem Schieber aus Spener beschlagnahmte die Volks- wehr nahezu 800 Fahrradschläuche und Fahrradmäntel, ferner bei anderen Personen Zigarren und Zigaretten in großer Menge.

(*) **Mannheim, 7. Juli.** Zu der Meldung über die Beschlagnahme größerer für das Ausland bestimmter Zementbindungen teilt die „Heidelberger Zeitung“ mit, daß das Zementwerk in Leimen von der zuständigen Ber- liner Reichsstelle die Ausfuhrbewilligung erhalten habe, Zement nach Holland zu verschiften.

(*) **Vörrach, 8. Juli.** Wegen umfangreichen Schie- bungen mit Schweizer Stumpfen ist ein heftiger Schup- mann verhaftet worden.

(*) **Mosbach, 8. Juli.** Die Arbeiter und Ange- stellten der Nebenbahn Mosbach-Mosbach sind in den Streit getreten, weil ihre Forderungen auf Lohnerhöhung nicht erfüllt wurden. Der Betrieb der Nebenbahn ist eingestell.

(*) **Eberbach, 8. Juli.** In grauenvoller Weise hat der 57jährige Schiffahrtskapitän Franz Fröh aus Würzburg Selbstmord verübt. Er wollte wegen eines schweren Nerveneidens in einem Sanatorium Erholung suchen, kam aber anheimelnd von diesem Plane ab und schnitt sich bei Rorichhöhe die linke Hand vollständig vom Gelenk ab. Dierauf brachte er sich eine Anzahl Schnitte in die Brust bei und schnitt sich schließlich noch die Kehle ab. In diesem fürchterlichen Zustand wollte sich Franz in den Neckar stürzen, brach aber am Ufer tot zusammen.

(*) **Nadolz, 8. Juli.** In der Frage der Ver- zerrung der Gemeinde Bispingen von Baden und ihrer Aufnahme in die Schweiz schreibt die „Neue Zürich. Ztg.“, daß nach ihrer Kenntnis eigentliche offizielle Ver- handlungen noch nicht eingeleitet sind. Dagegen gehe man wohl kaum zu weit, wenn man voraussetze, daß die schweizerischen und badischen Landesregierungen nichts dagegen einzunehmen hätten, wenn die direkt Beteiligten Vorbesprechungen einleiteten. (?) Daß man in Schaff- hausen alles daran setze, um den Anschluß durchzusetzen, sei nicht zutreffend.

(*) **Stodach, 8. Juli.** Auf dem Hofgut Dotten- ach erschienen nachts in verummtem Zustande einige Männergestalten und fesselten den Hofbesitzer, worauf sie 1400 Mark in barem Gelde und Lebensmittel raubten.

(*) **Fauberhofsheim, 8. Juli.** Bei einem Streit zwischen dem 22 Jahre alten geistesgestörten Franz Käfer und seinem Bruder Wilhelm wurde letz-erer von dem Geistesgestörten erstochen.

(*) **Donauwörth, 8. Juli.** Der Gemeinderat verfasste sich jüngst mit den Gruppenführern des Bürger- ausschusses und landwirtschaftlichen Sachverständigen mit der Deutscher für die fürstlichen Standesherrenschaft über die Sozialisierung der fürstlichen Liegenschaften. Hierbei kam von sämtlichen Parteien die einstimmige Ansicht zum Ausdruck, daß der hiesige fürstliche Gutshof im Interesse der Wohlfahrt der Stadt und mit Rücksicht auf eine soziale und vorbildliche Bedeutung als Muster- gebäude für die Landwirtschaft erhalten bleiben muß. Nur was hierzu nicht benötigte Gelände soll der Stadtge- meinde zum Kauf überlassen werden. Ueber die Frage des Kaufpreises wurde noch keine Entscheidung gefaßt.

Württemberg.

(*) **Stuttgart, 8. Juli.** Dem Staatshaus- haltsplan. Ein tröstliches Ergebnis hat die Durch- sichtigkeit des neuen württembergischen Staatshaushaltsplans, sofern man darin einen Trost sehen will, daß es bei anderen noch schlechter steht: außer Hessen ist Württem- berg das einzige Land im Deutschen Reich, das kein schwächende Schuld aufweist. Bis die Haupteinnahmen aus den Steuern beginnen, d. h. bis etwa zum Okto- ber, ist noch soviel Geld in der Staatskasse vorhanden, daß man, vorausgesetzt, daß keine Zwischenfälle eintreten, hoffen kann, den Bedarf damit zu decken.

(*) **Stuttgart, 8. Juli.** (Württ. Landes- schul- konferenz.) Gestern wurde die Landesschulkonferenz in Stuttgart mit einem Referat des Mittelschullehrers Stettner-Hübner über die „Selbstverwaltung im Schulorganismus“ eröffnet. Der Redner begründete zu- nächst die Notwendigkeit einer solchen Selbstverwaltung und schlug vor, durch Gesetz den Städten volle Selbst- verwaltung im Schulwesen zu überlassen und bei kleineren Gemeinden die Schulgemeinden des ganzen Oberamts- bezirktes zusammenzufassen. — Prof. Dr. Binder ver- wahrte sich vor der Unterstellung, die höheren Schulen wollten zu literarischem und ästhetischen Genieertum heranzubilden, und sprach dann über die Teilnahme der Schüler an der Selbstverwaltung. — In der Ansprache wurde über die Rektorfrage debattiert. Prof. Flei- berger und Prof. Wilhelm, der bekannte Vorläufer des Volksbildungsgedankens, ährzten sich zum Thema der Selbstverwaltung. — Das Schlußreferat hatte Ober- lehrer Bän erie, der über die freie Volksbildung sprach.

Aktminister Heymann konnte hierauf mit Dan- kworten die Schulkonferenz schließen. Er hob dabei folgendes hervor: Man sei sich bewußt, daß sich das Bildungs- und Schulwesen in einem Zustand der Gärung, schände. Wenn man in diesem Neuerungszustand den richtigen Weg einschlagen wolle, so müßte man den Weg der Selbstverwaltung suchen. Wenn das Ergebnis der ersten Ansprache auch nicht eine Einigung für ein bestimmtes sachliches Ziel gewesen sei, so sei doch das Ergebnis der Ansprache der Ausdruck des Willens zur Ver- bindung. Daß man zu einer Einigung kommen müsse, trauche er nicht zu bezweifeln. Der Zustand unseres Volkes,

die Herrlichkeit, die Zerklüftung und der Mangel an gegenseitigem Vertrauen könne nur ausgeglichen werden, wenn man versuche, ein einheitlich nationales Bildungsgut zu schaffen, durch das das Volk sich wieder aufrichten könne. Man schreibe mit dem Bewußtsein, daß man zur Schaffung eines solchen einheitlichen nationalen Bil- dungsgutes den Weg zur Einigung gesucht habe.

(*) **Stuttgart, 8. Juli.** (Die Belastung der Stadt.) Die Verbilligung der Verkaufspreise für Aus- landsmehl, die zu gleichen Teilen von Reich, Land und Gemeinde zu tragen ist, bedeutet für die Stadt eine monatliche Ausgabe von 300.000 M., für die vorläufig für die Preisentlastung in Aussicht genommenen drei Mo- nate mithin 900.000 M. Für den Auslandsbedarf er- gibt sich ebenfalls ein Zuschuß der Stadt von einer Million Mark, so daß für die Stadtkasse durch die Ver- billigung dieser beiden Nahrungsmittel eine Belastung von etwa zwei Millionen Mark eintritt.

(*) **Stuttgart, 8. Juli.** (Verband landwirtschaftli- cher Genossenschaften.) Gestern fand im Siegelhaus die Hauptversammlung des Verbandes landwirtschaftlicher Ge- nossenschaften in Württemberg und daran anschließend der land- wirtschaftlichen Genossenschaftszentralstelle statt. In seiner Er- öffnungsansprache führte der Verbandspräsident, Oberregierungs- rat Vater u. a. aus, daß uns Enttäuschungen nicht abhalten dürfen uns in den Dienst des Ganzen zu stellen und in die neue Zeit einzutreten mit dem festen Willen, alles, was möglich ist, zu tun, für den Wiederaufbau des Ganzen, wie der landw. Betriebe im besondern. Prof. v. Sting begrüßte die Tagung namens des Ernährungsministeriums und der Zentralstelle für die Landwirtschaft. Oberregierungs- rat Vater erstattete in Er- gänzung des gedruckt vorgelegten Verbandsberichts den Tä- tigkeitsericht über das 38. Geschäftsjahr. Zurzeit um- faßt der Verband 1743 Genossenschaften mit 197.021 Mitgliedern, darunter 1319 Dalkenhausgenossenschaften und 344 Molkerei- und Milcherzeugnisgenossenschaften. Neu hinzugekommen sind im letzten Jahre 37 Genossenschaften mit 3336 Mitgliedern. Zur Förderung der genossenschaftlichen Arbeit in den Bezirken hat der Verband im letzten Jahr 263 Genossenschaftsbauwerke ge- gründet, sowie die Gründung von Bezugs- und Abzuggenossenschaften gefördert, die sich wegen des voranschreitenden Wegfalls des Zollschutzes und der daraus zu erwartenden verschärften Auslandskonkurrenz notwendig erweisen werden. Hierauf wurde einer vom Ver- bandsausschuss vorgelegten Entschließung einstimmig zugestimmt. Diefelbe lautet:

1. Durch die harten Bedingungen des Friedensvertrages ist unsere Landwirtschaft sehr stark in Mitleidenschaft gezogen. Im Hinblick darauf, daß unsere Viehbestände stark vermindert, unsere Wecker an Viehschäffen erschöpft sind, ist es im Interesse des gesamten Volkes gelegen, wenn seitens der Reichs- und Landesregierung die Landwirtschaft und vornehmlich auch das landw. Genossenschaftswesen mit allen Mitteln gefördert wird.

2. Es ist darauf hinzuwirken, daß die Zwangswirtschaft auf den hierzu geeigneten Gebieten rasch abgebaut wird. Die heutzutage Festschreibung der zur Ernährung der Selbstverföhrer und zur Fütterung der Tiere zu verwendenden Getreidemengen ist so zu bemessen, daß sie den Ansprüchen der Landwirtschaft Genüge leistet wird.

3. Im Interesse einer Ertragssteigerung ist es notwendig, daß für zu sorgen, daß die Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln beliefert werden kann.

4. Die für 1919 festzusetzenden Höchstpreise sind so zu bemessen, daß sie mit den tatsächlichen Herstellungskosten min- destens ausgeglichen sind oder aber ist darauf hinzuwirken, daß die Preise für Bedarfsgegenstände des landw. Betriebes, her- abgesetzt werden.

Der Warenabfah bei der Kaufstelle besitzert sich 1917—18 auf ungefahr 15 Millionen Mark, wofür 15.685 Wagons Waren geliefert wurden. Der Kaufstelle wurde Entlastung erteilt, ebenso die Verbandsrechnung genehmigt, die mit einem Ubergewinn von ungefahr 80.000 M. abschließt. Dann hielt Prof. Dr. Wacker-Hohenheim einen mit Beifall aufgenommenen Vor- trag über „Förderung unseres Acker- und Pflanzenbaues durch Einführung von Selbstverföhrern.“

Endlich wurde noch folgende Entschließung angenommen: „Der Gesamtverband landw. Genossenschaften Württembergs nimmt scharf Stellung gegen den von der Landesverföhrungsstelle an das Ernährungsministerium gestellten Antrag, dem zufolge auch Genossenschaftsmilch schändigt werden soll. Dem sich einen entsprechenden Nutzen für die Gesamtverhältnisse zu verschaffen, muß der Verband an der staatlichen Maßnahme eine schwere Gefährdung des Genossenschaftswesens erblicken, dem die Regierung des Reiches in feierlicher Weise ein besondere Wohlwollen versprochen hat.“

Es schloß sich die Generalversammlung der Landwirtschaft- lichen Genossenschaftszentralstelle an. Ihr Geschäftsergebnis be- trägt sich auf 625.000 M., der sich aber wegen des durch den Krieg verursachten Rückgangs der Wertpapiere um 483.766 M. auf 141.233 M. ermäßigt.

(*) **Stuttgart, 8. Juli.** (50 Jahre württ. Sozialdemokratie.) Die „Schwäb. Tagw.“ weist in ihrer heutigen Nummer darauf hin, daß die württ. Sozialdemokratie heute ihren 50. Geburtstag feiern kann. Am 8. Juli 1869 fand in Stuttgart die erste sozialdemo- kratische Versammlung statt. Bis dahin hatte es eine selbständige politische Betätigung oder Organisation der Arbeiterschaft in Württemberg nicht gegeben. Der Ein- beruener und dadurch Gründer war der damals 20jähr. heute noch lebende Schreinerjunge Hermann Leich- hardt, ein geborener Stuttgarter, der damals von Hamburg zurückkam.

(*) **Esslingen, 8. Juli.** (Stiftung.) Gezel- lenz Dr. v. Jobst-Stuttgart, der älteste Förderer der Schiffbarmachung des Neckars bis Esslingen, hat dem Gemeindevorstand Esslingen, dessen Ehrenmitglied er ist, 3000 Mark überwiesen. Die Summe soll dereinst, wenn der erste Schiffszug den Neckar hinaufkommt, dazu verwendet werden, die Schiffe und Arbeiter mit Geschenken zu erfreuen.

(*) **Schorndorf, 7. Juli.** (Vogelschlag.) In der Gegend des Weizheimer Waldes hat am gestrigen Sonntag Vogelschlag erheblichen Schaden angerichtet.



Aus dem Bezirk

Wildbad. (Ungarische Wertpapiere.) Zum Schutz der Interessen der deutschen Eigentümer ungarischer Staats- und staatlich garantierter Anleihen hat sich die Schutzvereinigung der deutschen Eigentümer von ungarischen Staats- und staatlich garantierten Anleihen gebildet. Die deutschen Eigentümer ungarischer Staats- und staatlich garantierter Anleihen werden i. H. aufgefordert, ihre Stücke bei einer der Anmeldestellen, unter Beifügung eines bei den gleichen Stellen erhältlichen, arithmetisch geordneten Nummernverzeichnisses in doppelter Ausfertigung, wovon eine Ausfertigung abgestempelt zurückgegeben wird, zur Anmeldung zu bringen. Liegen die Stücke in Deutschland, so sind sie mit einem als Formular A bezeichneten Nummernverzeichnis einzureichen, liegen sie im Ausland, so sind sie vermittels des Formulars B anzumelden. Die Einreichung und Rücksendung der Stücke erfolgt auf Kosten und Gefahr des Anmeldenden. Anmeldestelle ist die Stahl und Federer Aktiengesellschaft Filiale Wildbad, hier. Druckexemplare der Satzung und Nummernverzeichnisse können von diesen bezogen werden.

Generalbardon bei Kriegsteilnehmern. Eine besondere Stellung bei der Vermögenssteuerveranlagung nehmen die Kriegsteilnehmer ein. Sie sind gegenüber den anderen Steuerpflichtigen erheblich begünstigt. Bei ihnen ergreift die militärische Amnestie auch alle Steuervergehen, welche ein Kriegsteilnehmer vor und nach seiner Entlassung aus dem Wehrdienste bis zum 12. Dezember 1918 begangen hat. Denn hier "eiben schließlich alle „Vergehen“ straffrei, ohne Rücksicht auf die Höhe der angebrohten oder zu erwartenden

Strafe und ohne die Einschränkung, ob der Täter einen Gewinn beabsichtigt habe. Der Kreis der Kriegsteilnehmer ist dabei für diese Bestimmungen außerordentlich weit gezogen und umfasst alle Personen, die während des Krieges, wenn auch nur zeitweise, zum aktiven Meer oder zur aktiven Marine gehört haben, insbesondere auch die aus dem Landsturm oder der Reserve eingezogenen Personen. Ferner ergreift die Amnestie die Vergehen der Kriegsteilnehmer ohne Rücksicht darauf, ob eine Untersuchung schon eingeleitet oder nicht. — Dagegen bleiben die Kriegsteilnehmer, auch wenn sie straffrei sind, von der Nachsteuer nicht befreit, müssen diese vielmehr im selben Umfang entrichten wie die Steuerpflichtigen. Eine Erleichterung wird ihnen jedoch insofern zuteil, als unrichtige Veranlagungen bei der Kriegs- oder Besitzsteuer trotz ihrer Rechtskraft berichtigt werden können und auch sonst gegen Kriegsteilnehmer milde verfahren wird.

Weniger Silbotenpakete. Der Krieg hat auch im Verkehrsleben gewaltige Umwälzungen hervorgerufen. So geschieht die Versorgung der Großstädte mit Lebensmitteln heute infolge Einschränkung des Eisenbahngüterverkehrs zu einem großen Teil mit der Post in Postpaketen. In der Annahme, eine beschleunigte Beförderung zu erreichen, werden die Sendungen häufig mit der Aufschrift „durch Silboten“ versehen. Die Annahme trifft jedoch nicht zu. Unterwegs werden die Silbotenpakete vielmehr zusammen mit den anderen Paketen befördert. Erst am Bestimmungsort werden sie ausgegliedert und durch Silboten bestellt. Die unrichtige Auffassung des Begriffs der Silbotenbeförderung bringt es mit sich, daß die als Eilsendung gekennzeichneten

Pakete sich außerordentlich häufen. So sind von den 50 000 in Berlin täglich eingehenden gewöhnlichen Paketen reichlich 11 000 Stück als durch Silboten zu be-
stimmt, d. h. etwa 100 gefüllte Paketbestellungen. Es liegt auf der Hand, daß ein solcher Massenverkehr zur Beeinträchtigung der Eilsendung führt, und daß vielfach Fälle eintreten, in denen die Silboten nicht früher in die Hände der Empfänger gelangen, als gewöhnliche. In anderen Großstädten sind die Verhältnisse ähnlich. Das Publikum täte gut daran, das teure Silbotengeld zu sparen.

Letzte Nachrichten.

Vom Streik in Frankreich.

Bern, 8. Juli. Nach dem „Petit Parisien“ hat am Samstag das gesamte Personal der Compagnie-Messageries-de-l'Ouest in den Ausstand getreten. Der gesamte Schiffsverkehr mußte eingestellt werden. — In der Zusammenkunft der Eisenbahner und Straßenbahner am Samstag, der Vertreter aller Unternehmungen bewohnten, erzielte die revolutionäre Tendenz eine Mehrheit. — Die Postbeamten in Paris veranstalteten nach dem „Matin“ einen zweitägigen Streik. Sie forberten den Achtstundentag und Gehaltserhöhungen. Die Teilnahme an dem allgemeinen Ausstand am 21. Juli wurde beschlossen.

Aus Tschecho-Slowakien.

Prag, 8. Juli. Das Tschechoslowak. Freibur. beschäftigt die Mitteilungen von dem Rücktritt des Kabinetts. Der Bevollmächtigte der tschecho-slowakischen Republik in Wien Tuskat wurde mit der Bildung des neuen Ministeriums betraut.

Wildbad.

Eier.

Die Bezugsscheine für Eier für den Monat Juli werden **Donnerstag, den 10. ds. Mts.** an die Bezugsberechtigten wie Musiker, Schauspieler und Angestellte abgegeben.

Zuckermarken.

Die Kaufleute werden gebeten, die Zuckertarten vom Monat Juni umgehend auf dem Lebensmittelamt abzuliefern.
Städt. Lebensmittelamt: Rappellmann.
Arbeiterrat: Schlüter.

Ungarische Anleihen.

Wir sind Anmeldestelle für die Schutzvereinigung der deutschen Eigentümer von ungarischen Staats- und staatlich garantierten Anleihen. — Druckexemplare der Satzung und der Anmeldeformulare können von uns bezogen werden. Zu näherer Auskunft sind wir gerne bereit.
Stahl & Federer, Akt.-Ges.
Filiale Wildbad.

Danksagung.

Als Ertrag des Wohltätigkeitskonzerts am 5. ds. Monats ist uns die hohe Summe von Mk. 655,39 zugegangen. Wir sagen allen Gebern herzlichen Dank und Vergeltsgott!

Ebenso danken wir dem Herrn Solisten, der Kurkapelle und dem „Liederkranz“ für ihre freundliche Mitwirkung.

Württemberg. Vereinigung der aus Elsass-Lothringen Vertriebenen. — Ortsgruppe Wildbad.

Wildbad.

Geschäfts-Empfehlung.

Mit heutigem erichte ich in dem Hause des Herrn Karl Gütthler sen., Hauptstr. 131 eine

Elektro-mechanische Werkstätte.

übernehme Reparaturen an Elektromotoren, Apparaten und Maschinen.

Spezialität:

Reparaturen und Übernehmung von

Elektro-Aufzügen.

Ebenso werden Schwachstromanlagen und Ausbesserungen derselben pünktlichst ausgeführt.

Fachmännische Beratung.

Um geehrten Zuspruch bittet

Karl Hartmann,
Mechanikermeister.

Calmbach.

Bekanntmachung.

Das Sammeln von Heidelbeeren und anderer Beeren im hiesigen Gemeindewald ist für **Auswärtige verboten.**
Den 8. Juli 1919.
Schultheißenamt Dörle.

Kursaal Wildbad.

Donnerstag, den 10. Juli 1919,
abends 8^{1/2} Uhr

Lieder-Abend

VON

Hedwig Köhler.

Am Flügel: Erna Behringer.

Karten im Vorverkauf im König-Karlbad:

1. Sperrsitz Mk. 4.—, 2. Sperrsitz Mk. 3.—,
3. Sperrsitz Mk. 2.—, Mittelgalerie
Mk. 1.50, Seitengalerie Mk. 1.—.

Württemberg. Vereinigung vertriebener Elsass-Lothringer.

Da der Zugang von bessergestellten Elsass-Lothringer Flüchtlingen (Beamten) beständig wächst, bitten wir die **verehrliche Einwohnerschaft** ihre möblierten Zimmer, eventl. mit **Kochgelegenheit** (die durch den schlechten Besuch leer stehen), zur Verfügung zu stellen.

Anmeldungen nimmt die Exped. ds. Bl. entgegen.

Wer sich ein gutes Getränk bestellen will der verwende den bekannten

Ruf's Kunstmoskats

mit Heidelbeerzusatz

und mit Süßstoff, die Flasche zu 100 Liter reichend kostet

Mk. 15.—, ferner

Ruf's Heidelbeeren mit Zutaten,

zu 100 Liter Mk. 35.—

Viele Anerkennungen.

Robert Ruf, Heidelbeer-Versandhaus, Ettlingen.

Raidwangen, 3. 11. 1918.

Senden Sie mir wieder 2 Flaschen Kunstmoskats mit

Heidelbeerzusatz und mit Süßstoff zu 200 Liter. Mit dem

letzten war ich sehr zufrieden.

gez. Christian Schneider, Bahnwärter.

Kuenheim (Amt Rehl), 2. Dez. 1918.

Da uns das aus Ihrem Kunstmoskats hergestellte Getränk ausgezeichnet schmeckt und schon viele Freunde erworben hat, so erlaube ich Sie freundlichst um sofortige Zusendung einer Flasche Kunstmoskats mit Heidelbeerzusatz und mit Süßstoff.

gez. Karl Fr. Landsberger.

Niederlagen werden errichtet.

Kunst umsonst bei Schwerhörigkeit

Obgleich, ohne Chemikalien, Mangeln Beseitigungen
Wildberger u. Co.,
Stuttgart A 56.

Leere gebrauchte Cartons

in allen Größen zu verkaufen
Medicinal-Drogerie
H. und W. Schmit.

Café Bechtle - Weinstube

Wildbad.
Ia. alte und neue **Rot- und Weissweine** im Ausschank.

Prima
dunkles **Blauweizenbier**
(über die Straße)
empfiehlt **Witth. Wurz** zur Eintracht.

Wildbad.
Ansern lieben, heiterslustigen - Schnurbartbärtigen
Albert
in seinem 20. Weingeste ein bei der Driegelhütte anfangendes, durch die Enganlagen rollendes, im Straubenberg verhaltenes dreifaches Hoch.
Gell Albert da spanisch
Dös kostat a Kläschte.

Benzoesettpuder

schafft weiche zarte Haut, wenn man dieselbe vorher mit **Boroglycerin-Lavolin** behandelt hat.
Pharmac. Laboratorium.
Stadt-Apotheke
H. Stephan.

Elektro-Motorenöl,

Maschinenöl,

Fahrrad- und

Nähmaschinenöl,

Geruchloses

Bodenöl (kein Ersatz)

Wagen-, Leder- und

konsist. Maschinen-

Fett empfiehlt

Fritz Krauss,

Hauptstr. 148 - Wildbad

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Jüngerer ehrliches

Mädchen

für Zimmer und Haushalt **sofort gesucht.**
Café Winkler.

Ein tüchtiges

Zimmer-Mädchen

wird bei hohem Lohn **sofort**

— **gesucht.** —

Villa Schill, Olgastr.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.

Wildbad.